Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 24.01.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

EU muss vermehrt Sprache, Kultur und Minderheiten fördern

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 21+42 - Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2018

„Wir brauchen Ihre Unterstützung, für eine Mehrheitsbevölkerung in Schleswig-Holstein, die sich solidarisch zeigt!“

Die Europäische Kommission hat sich für das laufende Arbeitsjahr viel vorgenommen. Vor dem Hintergrund der nahenden Wahlen auf europäischer Ebene ist dies auch gut nachvollziehbar. Die Ziele sind dabei durchaus ambitioniert. Mehr Demokratie, mehr Sicherheit, mehr Solidarität und einen starken Wirtschaftsmarkt. Letzteres befindet sich nach Aussagen der Kommission jedenfalls derzeit im Aufschwung und sorgt für positive Zahlen in Bezug auf die Wirtschaftskraft der Europäischen Union. Ein Blick auf die ersten genannten Aspekte reicht um festzustellen, dass der große Aufschwung derzeit noch auf sich warten lässt. Zweifelsfrei sind dies auch die weit komplexeren Themenfelder, mit denen wir uns auch in den nächsten Monaten auseinandersetzen müssen. Fest steht schon jetzt: Diese Themen, nämlich mehr Demokratie, mehr Sicherheit und mehr Solidarität stellen die Union schon jetzt auf eine echte Bewährungsprobe. Eine solche Bewährungsprobe kann jedoch auch eine Chance sein. Von daher gilt es nun, die genannten Dinge anzugehen. Und auch wir in Schleswig-Holstein, werden

das geschehen dazu ganz genau beobachten. Denn schließlich haben auch wir ein Interesse daran, dass die ganz besonders für unser Land so wichtigen Themen, angegangen werden. Und dabei denke ich abgesehen, von den im Antrag schon genannten Themen, vor allem auch an die Fischereipolitik. Als Land zwischen Nord- und Ostsee betrifft uns dies im besonderen Maße. Die Kommission will nun das Fischereikontrollsystem überarbeiten. Wichtig zu betonen ist mir dabei, dass bei solchen Überschriften schnell der Eindruck entstehen könnte, die Fischerei an sich sei etwas, dass grundsätzlich stärker kontrolliert werden muss und am besten soweit es geht unterbunden werden sollte. Eine solche Außendarstellung ist leider schneller präsent, als man die entsprechende Verordnung überhaupt erwähnt hat. Von daher gilt es in diesem Zusammenhang differenzierter zu kommunizieren. Wir als Vertreter des Landtages können in diesem Fall ganz konkret dazu beitragen, das Handeln der EU-Kommission verständlicher zu machen und Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. Ich denke, dazu wird es in den nächsten Monaten noch ausreichend Gelegenheit geben.

Eine andere Angelegenheit, von der die Kommission anscheinend nichts wissen will, ist das Thema Kultur und Sprache. In Junckers Rede zur Lage der Union, die logischerweise eng mit dem Arbeitsprogramm verknüpft ist, ist ganze drei Mal von Kultur die Rede. Zwei Mal geht es dabei um das Jahr des Kulturerbes 2018. Von Inhalten ist nicht die Rede. Dabei gäbe es doch so vieles, was der Rede wert wäre! In Europa leben etwa 50 Millionen Menschen, die einer nationalen oder Sprachminderheit angehören. 50 Millionen Menschen, von denen in den Vorstellungen zur Zukunft der EU nicht die Rede ist. Dabei gibt es so vieles, was es wert gewesen wäre, zu unterstützen. Dass ich zu mindestens mit diesem Gedanken nicht allein bin, zeigen die bisher 400.000 eingereichten Unterschriften zur europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“. Bis April bleibt nicht mehr viel Zeit, um die benötigte Anzahl an Unterschriften zu sammeln. Von daher nochmals die Erinnerung: Wir brauchen Ihre Unterstützung, damit unser Anliegen nicht nur innerhalb der Minderheiten Beachtung findet, sondern sich auch die Mehrheitsbevölkerung in Schleswig-Holstein solidarisch zeigt. Mit der Minority SafePack Initiative ist eine echte Bewegung in den Gang gesetzt worden. Und dazu kann ich nur sagen: Seien auch Sie ein Teil davon, um der Europäischen Kommission für diese so wichtige Angelegenheit, endlich auch Entscheidungen abzuverlangen!